

Antrag E01: Wider eine EU der Konservativen und Rechten - für eine sozialistische, feministische, antirassistische und antifaschistische EU-Politik! - Unsere Forderungen zur EU-Wahl 2024

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen (Bundesvorstand)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	E - Europa & Internationales

1 Es steht nicht gut um die Europäische Idee. Seit der letzten Wahl zum europäischen
2 Parlament hat die Euphorie um Europa merklich abgenommen. Vor dem Hintergrund der
3 Kommissionspräsidentschaft von Ursula von der Leyen, die im vorangegangenen Wahlkampf
4 selbst keine Rolle gespielt hatte, ja nicht mal zur Debatte stand und wenig Europa-
5 Flair versprüht(e), schwand zunehmend jedes Momentum einer europäischen Euphorie, die
6 man 2019 noch verspüren konnte. Doch nicht allein die Missachtung des
7 Spitzenkandidat*innenprinzips durch den Europäischen Rat und der damit sicherlich
8 zusammenhängende Vertrauensverlust in Europa, auch die neoliberale Grundausrichtung
9 der EU, die in unseren Zeiten multipler Krisen noch offensichtlicher wird, sorgen für
10 eine verstärkte Abkehr der gesellschaftlichen Linken von Europa.

11 Dies wollen wir nicht unwidersprochen stehen lassen. Für uns ist die Antwort auf
12 europäische Krisen, seien es interne oder externe, nicht eine Abkehr von der
13 europäischen Idee. Die Europäische Union ist für uns eine der größten
14 Errungenschaften des 20. Jahrhunderts. **Wir wollen nicht weniger Europa, wir streiten
15 für ein anderes, das heißt sozialistisches, feministisches und internationalistisches
16 Europa und vor allem für mehr Europa!** Für einen starken Antifaschismus, für mehr
17 internationale Solidarität und dafür, dass der Wahlspruch der EU endlich mit Leben
18 gefüllt wird. In Vielfalt geeint!

19 **Neoliberal, rechts und demokratiedefizitär - EU, du kannst so hässlich sein**

20 Viele konkrete Sachentscheidungen machen es deutlich: In der Europäischen Union
21 bröckelt etwas. Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme in Regierungsämtern arbeiten
22 im Europäischen Rat und dem Ministerrat daran, sicher geglaubte Grundkonsense
23 bezüglich der Menschen- und Bürgerrechte in Europa und an seinen Außengrenzen
24 aufzuheben. Dabei werden sie entweder von der EU in Ruhe gelassen und gar
25 unterstützt, oder die EU wird in Form von Frontex selbst bei größten
26 Menschenrechtsverletzungen tätig. In den entsendenden Nationalstaaten selbst steht
27 teilweise die Rechtsstaatlichkeit vor dem Aus und es ist nicht zu erwarten, dass der
28 verbesserte Rechtsstaatsmechanismus hier wirklich für eine Wende sorgen kann. Auch
29 zentrale von der Frauenbewegung erkämpfte Rechte, wie die Möglichkeit,
30 Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen, werden in den Nationalstaaten angegriffen.
31 Diese Freiheitseinschränkung und die gesundheitliche Gefahr für Frauen wollen wir
32 nicht hinnehmen! Der Gefahr, die von Ungarn und anderen ausgeht, muss nicht nur auf
33 nationaler Ebene entgegengetreten werden, sondern auch auf europäischer. Es muss zum
34 einen möglich sein, die demokratiefeindlichen Bestrebungen der nationalen Regierungen
35 einzuhegen und zum anderen muss diesen Regierungen auf europäischer Ebene die
36 Möglichkeit genommen werden, durch das Einstimmigkeitsprinzip gemeinsame

37 Entscheidungen zu blockieren und so andere Regierungen zu erpressen. Wir brauchen
38 also mehr Integration, nicht weniger.

39 Der neoliberale Ansatz der Europäischen Union ist tief und von Anfang an in die
40 Verträge eingebettet. Die Erzählung, dass ein möglichst freier Wettbewerb und
41 entfesselte europaweite Märkte Wohlstand für alle bedeuten würden, halten wir mit
42 Blick auf unsere sozialistische Überzeugung, aber auch bei Betrachtung der heutigen
43 Gesellschaft, für falsch. Heute leben wir in (Nordwest)-Europa gerade mit Blick auf
44 bestimmte wirtschaftliche Kennzahlen in zwar beispiellosem, aber auf kapitalistischer
45 Ausbeutung von Mensch und Natur beruhendem, Wohlstand. Dieser Wohlstand ist aber
46 weder intergenerational noch intragenerational gerecht verteilt. Die Märkte und damit
47 Europas Wirtschaftsdoktrin haben wie üblich im Großen und Ganzen versagt. Stattdessen
48 braucht es eine gemeinsame auf Solidarität ausgerichtete und durch ein erstarktes
49 Europäisches Parlament kontrollierte und veranlasste Wirtschafts- und Finanzpolitik,
50 die vor allem an zwei Projekten arbeitet: Die Angleichung der Lebensverhältnisse in
51 Europa mithilfe umfangreicher Umverteilung innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten
52 und die sozial-ökologische Transformation des Kontinents. Auch hier erscheint eine
53 weitere Integration also zentral.

54 Mehr Integration und überstaatliche Kompetenzen müssen dabei entschieden gegen die
55 neoliberalen technokratischen Tendenzen der Europäischen Kommission und des
56 Europäischen Rates durchgesetzt werden. Die Europäische Union und ihre
57 Vorgängerinnenorganisationen sind seit den römischen Verträgen völlig zurecht dem
58 Vorwurf eines Demokratiedefizits ausgesetzt. Dem Parlament fehlen immer noch
59 grundlegende Kompetenzen, die nationalen Regierungen haben ein Übergewicht in
60 Schlüsselentscheidungen und das Wahlsystem ist ungeeignet, eine Demokratie mit 450
61 Millionen Bürger*innen in einem politischen Wettbewerb zu einen. Ergebnis sind
62 Repräsentationsprobleme und daraus erwachsende Legitimationsprobleme, die aus unserer
63 Sicht auch nicht durch die seltenen progressiven Entscheidungen der EU, die von den
64 meisten nationalen Regierungen so nicht getroffen worden wären, aufgehoben werden.
65 Eine von Europa vorgegebene neoliberale Politik des Rückzugs des Staates aus
66 wichtigen Aspekten der Wirtschaft schafft hier auch keine Abhilfe, im Gegenteil! Wir
67 kämpfen daher für die Vereinigten Staaten von Europa mit einem starken Parlament,
68 welches in allen Entscheidungen die zentrale Rolle spielt, sowie für umfassende
69 demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten in allen Bildungseinrichtungen,
70 Arbeitsplätzen und zivilgesellschaftlichen Akteuren!

71 Eine undogmatisch linke, progressive Kritik an der aktuellen EU fordert im Ergebnis
72 mehr Europa, nicht weniger! Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, eine europäische
73 Union, die unsere sozialistischen, feministischen und internationalistischen Ideale
74 von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht und eine zentrale Rolle
75 dabei spielt, die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts anzugehen. Wir treten allen
76 entgegen, die die europäische Integration ablehnen und rückabwickeln wollen.

77 **Reißt die Festung Europa direkt wieder ein!**

78 Unmenschliche Zustände in den Lagern an den europäischen Außengrenzen, verunglückte
79 Schlauchboote mit Geflüchteten auf dem Mittelmeer oder Pushbacks durch die
80 Grenzpolizei – all dies sind Folgen der europäischen Außenpolitik. Während an den
81 europäischen Grenzen Menschen sterben und das Mittelmeer längst zum Massengrab
82 geworden ist, hetzen Rechtspopulist*innen innerhalb der EU gegen Geflüchtete und

83 rechte Regierungen verweigern die Kooperationen mit anderen Staaten. Stattdessen wird
84 auf eine Politik der Abschreckung und Abschottung gesetzt. Zäune und Grenzkontrollen
85 an den europäischen Binnen- und Außengrenzen zur "Abwehr" von schutzsuchenden
86 Menschen sind längst wieder legitime Forderungen und Praktiken geworden. Ein bis vor
87 wenigen Jahren fast undenkbarer Vorgang.

88 Auch das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS), auf das sich die Mitgliedsstaaten
89 der EU im Sommer einigten, dient entgegen aller Beteuerungen der sozialdemokratischen
90 Bundesinnenministerin, nicht dazu, die europäische Migrationspolitik auf solide und
91 faire Beine zu stellen. Im Gegenteil: Lager an den Außengrenzen, in denen
92 rechtswidrige und unmenschliche Verhältnisse herrschen, bleiben in der Verantwortung
93 der Staaten. Da gleichzeitig keine effektive Solidarität und Verteilung von
94 Geflüchteten vorgesehen ist, bleibt zu vermuten, dass die Staaten auch in Zukunft
95 nicht an einer Verbesserung der Verhältnisse interessiert sein, sondern weiterhin auf
96 Abschreckung durch absichtlich in Kauf genommene Tote an den Außengrenzen setzen
97 werden. Die geplante Kategorisierung von Geflüchteten nach Erfolgswahrscheinlichkeit
98 des Asylantrags stellt das individuelle Recht auf Asyl in Frage und vernachlässigt,
99 dass auch Menschen aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ dort unter
100 Repressionen leiden können. Dies betrifft insbesondere Frauen, queere Personen oder
101 unterdrückte Minderheiten. Es handelt sich sowohl aus symbolischer Sicht als auch auf
102 substanzieller Ebene bei der GEAS um eine vollständige Kapitulation vor der
103 europäischen Rechten.

104 Für uns ist klar: die Festung Europa muss fallen! Es braucht endlich eine europäische
105 Solidarität und eine humane Migrationspolitik. Das individuelle Recht auf Asyl und
106 die universellen Menschenrechte sind nicht verhandelbar und müssen Grundlage jeder
107 Migrationspolitik sein.

108 Neben der Verteilung von Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union müssen die
109 Fluchtrouten nach Europa in den Blick genommen werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass
110 Menschen die lebensgefährliche Überfahrt über das Mittelmeer auf sich nehmen oder
111 wochenlang in Wäldern vor Grenzen übernachten müssen. Unser Blick richtet sich
112 insbesondere auf die Situation von geflüchteten Frauen und Mädchen. Gerade sie sind
113 auf der Flucht häufig (sexualisierter) Gewalt ausgesetzt und werden Opfer von
114 Menschenhandel. Zuletzt zeigte sich dies, als vor allem Frauen und Kinder infolge des
115 russischen Angriffs aus der Ukraine flüchteten. Bereits wenige Tage nach dem Beginn
116 des Kriegs stieg im Internet die Nachfrage nach ukrainischen Frauen. Auf
117 Wohnungsportalen wurden Schlafplätze für Frauen gegen sexuelle Handlungen angeboten
118 und viele Frauen wurden in die Prostitution gezwungen.

119 Wir solidarisieren uns mit allen Frauen und Kindern, die Opfer von sexualisierter
120 Ausbeutung geworden sind und kämpfen auch in Zukunft dafür, dass Frauen und Kinder
121 davor geschützt werden. Dafür braucht es neben sicheren Fluchtrouten und Unterkünften
122 auch Maßnahmen gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution. Wir begrüßen die
123 Entscheidung des EU-Parlaments, Frauen und Kinder besser zu schützen und langfristig
124 eine Regelung nach dem nordischen Modell in der gesamten EU einzuführen.

125 **It's all about the money - für eine demokratisch-sozialistische EU!**

126 Die Analyse der ökonomischen Zusammenhänge und wirtschaftlichen Strukturen muss immer
127 Kern unserer politischen Arbeit sein. Auch in der EU erkennen wir eine Gesellschaft,
128 die durch ökonomische Ungleichheiten, Ausbeutung und Unterdrückung gekennzeichnet

129 ist. Unkontrollierte Märkte verstärken diese Ungleichheiten und führen dazu, dass die
130 Vermögensungleichheit innerhalb der EU immer stärker wächst. Während große Konzerne
131 ihre Hauptsitze dorthin legen, wo sie die wenigsten Steuern zahlen, tragen Einzelne
132 die Lasten der aktuellen Krisen. Die europäische Wirtschafts- und Haushaltspolitik
133 trägt aktuell wenig dazu bei, diese Verhältnisse zu ändern. In der Vergangenheit ging
134 nationalstaatliche Haushaltsdisziplin zu häufig zu Lasten von dringend benötigten
135 Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, erneuerbare Energien oder den
136 Sozialstaat oder führten wie in der Eurokrise sogar zum Abbau dessen. Im Gegensatz
137 dazu bot die Politik der EU in der Corona-Pandemie Grund zur Hoffnung. Die
138 gemeinsamen Anleihen und Investitionen der EU in den wirtschaftlichen Wiederaufbau
139 waren ein Schritt in Richtung stärkerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die EU muss
140 auch in der Zukunft stärker stabilisierend auf die Märkte eingreifen und
141 Investitionen mit klaren Anforderungen an Rechtsstaatlichkeit verbinden. Es braucht
142 eine europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Mindeststandards formuliert.
143 Auch über die Rolle der europäischen Zentralbank, die die der Energiekrise
144 entspringende Inflation, allem Anschein nach mit Nachfragesenkungen durch Erhöhung
145 der Arbeitslosenzahl bekämpfen möchte und ohne Rücksicht auf Verluste ganze
146 Wirtschaftszweige lahmlegt, muss kritisch hinterfragt werden.

147 **Für eine "Wertegeleitete Außenpolitik" - aber richtig!**

148 Als im Februar 2022 der russische Angriffskrieg auf die Ukraine begann, war dies für
149 viele überzeugte Europäer*innen nicht nur wegen der offenkundigen
150 völkerrechtswidrigen Aggressionen Russlands einschneidend. Der Angriffskrieg stellt
151 auch viele Gewissheiten in Frage. So galt die Europäische Union doch lange Zeit als
152 Friedensprojekt, das Kriege zwischen Staaten auf dem europäischen Kontinent
153 verhindern könne. Die EU zeigte sich in diesem Moment erfreulicherweise
154 handlungsfähiger, als vorher zu vermuten war. Bereits kurze Zeit nach Beginn des
155 Kriegs wurde über Unterstützungen für die Ukraine beraten, die EU schnürte
156 Hilfspakete und ermöglichte Waffenlieferungen. Während in der Vergangenheit eine
157 gemeinsame europäische Außenpolitik unrealistisch erschien, weil nationale
158 (Sicherheits-)Interessen die Debatten dominierten, scheint eine gemeinsame Linie nun
159 auch in Zukunft möglich.

160 Als internationalistischer Verband ist für uns eine gemeinsame, wertegeleitete,
161 europäische Außenpolitik ein erklärtes Ziel. Die EU muss stärker als politische
162 Gemeinschaft verstanden werden und auch global geschlossen auftreten. Zu einer
163 gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik gehört auch die Forderung
164 nach einer gemeinsamen parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee bei
165 gleichzeitiger Abschaffung der nationalen Armeen. Für uns gilt unterdessen auch
166 weiterhin, dass wir solidarisch an der Seite der Ukraine gegen die imperialistische
167 Aggression Russlands stehen.

168 Die Aggression von Aserbaidshan gegenüber Armenien im Herbst 2023 zeigt, dass eine
169 Abkehr von Russland nicht damit wettgemacht werden darf, dass man sich in die
170 Energieabhängigkeit zur nächsten, vermeintlich weniger unproblematischen, Autokratie
171 begibt. Vielmehr muss es eine Aufgabe der europäischen Außen- und Innenpolitik für
172 die kommenden Jahre sein, sich unabhängiger von Autokratien aller Art zu machen. Im
173 Bereich der Energiepolitik sind auch aus einer klimapolitischen Perspektive massive
174 Investitionen in erneuerbare Energien sinnvoll.

175 **Deine Bildungspolitik binde wieder, was die Mode streng geteilt!**

176 Die Hochschul- und Forschungspolitik als Gegenstand der europäischen Integration
177 liegt uns besonders am Herzen. Und das aus gutem Grund: Mobilitäts-Programme wie
178 Erasmus(+) leisten trotz ihrer weiterhin vorliegenden Exklusivität inzwischen seit
179 Generationen ihren wichtigen Beitrag bei der Vermittlung der Europäischen Idee. Doch
180 auch abseits der individuellen Ebene handelt es sich bei der Wissenschaftskooperation
181 zwischen Wertepartner*innen in Anbetracht der weltweiten Krisen aus unserer Sicht um
182 eine pragmatische und normative Notwendigkeit. Wir wollen die internationale
183 Mobilität und Vernetzung, auch über die EU und die European Higher Education Area
184 (EHEA) hinaus, stärken. Mit Blick auf unser Ziel der internationalen Schaffung und
185 Angleichung von *guten* Lebensstandards legen wir ein besonderes Augenmerk auf die
186 **Angleichung und Verbesserung der Bildungsstandards.**

187 Um unsere Ziele zu verwirklichen, muss sich in vielen Feldern etwas tun, aber auch
188 die EU-Verträge selbst müssen langfristig angepasst werden. Denn aktuell liegt die
189 Bildungspolitik in den Händen der Nationalstaaten und die EU kann ausschließliche
190 bestehende Maßnahmen der Nationalstaaten unterstützen, verstärken und koordinieren.
191 Vor dem Hintergrund der sehr heterogenen finanziellen Möglichkeiten der Staaten, ihre
192 Bildungspolitik zu finanzieren, fordern wir eine ständige Berücksichtigung bei jedem
193 Projekt der jeweiligen finanziellen Möglichkeiten dieser und ggf. **verstärkte**
194 **Förderung für finanziell schwächere Länder.** Da dies im bestehenden Kompetenzsystem
195 absehbar nicht reichen wird, fordern wir auch auf Ebene der Verträge eine **verstärkte**
196 **Integration der Bildungspolitik**, um letztendlich wirklich von einer europäischen
197 Bildungspolitik sprechen zu können und die Weichen in Richtung Vereinigte Staaten von
198 Europa zu stellen.

199 Die Juso-Hochschulgruppen stehen dem **Bologna-Prozess** weiterhin zwiegespalten
200 gegenüber. Auch fast 25 Jahre nach Beginn des Prozesses halten wir die Ziele einer
201 Vereinheitlichung der Studienabschlüsse und der Ermöglichung von mehr Mobilität durch
202 vereinheitlichte Zählweisen weiterhin für gut. Wir halten aber auch weiterhin die
203 dafür von den Nationalstaaten gewählten Mittel für völlig ungeeignet und kämpfen
204 entschieden gegen jene Tendenzen im Hochschulsystem, die die Freiheit im Studium
205 einschränken. Dass die Mittel ungeeignet sind, ergibt sich auch aus der Tatsache,
206 dass die Ziele bisher nicht erreicht wurden. Die nächstjährig geplante Gründung einer
207 European Education Area (EEA) kann und muss endlich neuen Schwung in die Europäische
208 Bildungspolitik und der der Mitgliedstaaten bringen. Hier muss aber auch
209 sichergestellt werden, dass mit der EEA die EHEA nicht obsolet wird, im Gegenteil die
210 **EEA muss das Zugpferd für eine europäische Integration** in der Bildungspolitik auch
211 über die EU hinaus in den EHEA werden!

212 Auch vom Bologna-Ziel der besseren demokratischen Beteiligung von Studierenden auf
213 allen Ebenen sind wir weit entfernt. Europaweit sind studentische Räume und
214 studentische Mitbestimmung eher Angriffen ausgesetzt als in der Ausweitung
215 befindlich, auch weil sie oft eine linke (oder liberale) Kritik an den rechten
216 Regierungen artikuliert. Analog zu unseren Forderungen bezüglich einer
217 **Demokratisierung der Hochschulen** in den deutschen Hochschulgesetzen fordern wir
218 weitere europäische Initiativen, damit europaweit die Hochschulen endlich allen
219 gehören. Gleiches gilt natürlich auch für andere Bildungseinrichtungen. Des Weiteren
220 halten wir es für unerlässlich, dass studentische und Stakeholder*innen anderer

221 Statusgruppen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung, vom Fachbereich einer
222 kleinen Hochschule bis zur Gesamteuropäischen Forschungsförderung, von
223 Politiker*innen angehört werden.

224 Das **Erasmus+ Programm** ist für die Teilnehmer*innen weiterhin mit großen finanziellen
225 Hürden verbunden. Um internationale studentische Mobilität für alle zu ermöglichen,
226 fordern wir eine Ausweitung des Programms inklusive einer auskömmlichen finanziellen
227 Unterstützung für die teilnehmenden Studierenden, damit der eigene sozioökonomische
228 Status, das Herkunfts- oder das Zielland, beim Auslandsaufenthalt keine Rolle spielt.
229 Wir bekräftigen das Ziel allen Europäer*innen einen Auslands-Bildungsaufenthalt zu
230 ermöglichen, völlig unabhängig von sozioökonomischen Faktoren oder dem
231 eingeschlagenen Bildungsweg. Langfristig fordern wir eine europäische Studien- und
232 Ausbildungsfinanzierung zur Angleichung der Lebensverhältnisse.

233 **Hochschulallianzen** sind ein neues Aushängeschild der EU. Nach einer mehrjährigen
234 Anschubfinanzierung war es eigentlich geplant, dass die Allianzen der ersten
235 Generation bald auf eigenen Beinen, finanziert durch die jeweiligen
236 Hochschulhaushalte, stehen. Wie zu erwarten war, fordern die betroffenen Hochschulen
237 nun eine Verlängerung der Finanzierung, sonst würden die Allianzen wieder zerfallen.
238 Für uns ist klar: Die bisherige Praxis der Hochschulallianzen, für die man gerne
239 Förderung abkassiert, aber gerade aus Sicht von Studierenden kaum mit Leben füllt,
240 ist von den Hochschulleitungen erwartbar schlecht ausgestaltet worden. Aber auch der
241 Plan der EU, mit den nun freiwerdenden Fördergeldern neue Allianzen zu fördern, war
242 nicht durchdacht und erforderte eine Anpassung. Hochschulen sollten sowohl mit
243 nationalen als auch mit europäischen Geldern dauerhaft finanziert werden. Die dafür
244 nötige Vergrößerung des Erasmus+-Programms muss schnellstmöglich durchgeführt werden.
245 Wir kämpfen weiterhin für Breitenförderung statt Leuchtturmprojekte und für eine
246 stärkere Berücksichtigung von Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Einen
247 europäischen Hochschulraum der zwei Geschwindigkeiten darf es nicht geben. Von den
248 Allianzen müssen alle profitieren und nicht nur Mitglieder. Wir begrüßen die Tendenz
249 der Ausweitung der Förderung bezüglich der Menge der geförderten Hochschulen und den
250 individuellen Fördergeldern. Dennoch handelt es sich bisher eher um
251 Prestigeveranstaltungen mit wenig Nutzen abseits von guter PR. Gerade Studierende
252 profitieren bisher praktisch gar nicht von den Allianzen, weswegen wir fordern, dass
253 Studium und Lehre in den Mittelpunkt der Allianzarbeit rücken. Des Weiteren fordern
254 wir eine echte demokratische Mitbestimmung der Statusgruppen an der Entwicklung der
255 Allianzen, sie dürfen nicht zur Aushöhlung der Hochschuldemokratie durch
256 Kompetenzdelegation missbraucht werden und eine Beschleunigung der substanziellen
257 Zusammenarbeit.

258 Die **Forschungsförderung der Europäischen Union** im Horizon-Programm soll weiter
259 ausgebaut werden und eine klare Zukunftsorientierung ohne Einschränkung auf MINT-
260 Fächer haben. Das Ziel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation zur
261 Klimaneutralität soll mit diesen Mittel vorrangig unterstützt werden, wobei der Fokus
262 auf einer Breitenförderung, die auch die Lehre in den Blick nimmt, liegen soll. Die
263 Gelder sollen einen Beitrag zur Angleichung der Bildungsstandards leisten und nicht
264 nur Leuchtturmprojekte subventionieren.

265 Die Europäische Union spielt eine zentrale Rolle in der Migrationskrise, weswegen wir
266 fordern, dass alle möglichen Anpassungen gemacht werden, um legale

267 Fluchtmöglichkeiten und im Allgemeinen sichere **Migration** zu ermöglichen. Dafür müssen
268 auch Hürden für internationale Studierende, die ihren Abschluss außerhalb der EU und
269 der EHEA erworben haben, abgebaut werden, indem beispielsweise die Anerkennung von
270 außereuropäischen Bildungsabschlüssen erleichtert wird. Dazu gehört neben Regeln auf
271 europäischer Ebene auch die Abschaffung von Hürden im nationalen Recht, wie bspw. das
272 Sperrkonto für Drittstaatler*innen in Deutschland. Ein faires Asyl- und
273 Migrationsrecht ist nicht nur eine humanistische Pflicht, sondern auch aufgrund des
274 demographischen Wandels geboten.

275 In Anlehnung an die European Students Union fordern wir eine **europäische**
276 **Sozialpolitik für Studierende** mittels Ratsempfehlung bzgl. Mindeststandards in der
277 Studienfinanzierung, Krankenversicherung (inkl. psychischer Gesundheit), beim
278 Wohnraum, der Inklusion und der Geschlechtergerechtigkeit für die Mitgliedstaaten. So
279 können die aktuellen sozialen Krisen in Europa wenigstens abgefedert werden.

280 **Alle Menschen werden Geschwister wo dein sanfter Flügel weilt**

281 Viele weitere Forderungen, die wir an anderer Stelle an die Landes- und
282 Bundesgesetzgeberinnen stellen, lassen sich auf die europäische Ebene übertragen.
283 Eine sozialistische, feministische und vor allem internationalistische (Bildungs-
284)politik muss ebenenübergreifend erkämpft werden. Die Juso-Hochschulgruppen werden
285 deswegen die kommenden Europawahlen nutzen, um unseren Forderungen innerparteilich
286 und in der Zivilgesellschaft Gehör zu verschaffen! Als internationalistischer Verband
287 weisen wir Tendenzen manch anderer proeuropäischen Gruppen beinahe in einen
288 europäischen Nationalismus zu verfallen zurück. Unser Ideal ist der proletarische
289 Internationalismus, Europa ist uns deswegen bei der Verwirklichung unserer Ideale
290 nicht genug, aber immerhin ein guter Anfang. Hoch die internationale Solidarität!